

Infrastrukturen und Lebensweisen im Wandel

Das Beispiel Wien

Richard Bärnthaler, Andreas Novy & Basil Stadelmann

Basierend auf einem interdisziplinären Forschungsprogramm analysieren wir städtische Transformationsprozesse als Wechselbeziehung zwischen Infrastrukturkonfigurationen (d.h. kontext-spezifischen materiellen Infrastrukturen und ihren multiskalaren politökonomischen Regelwerken) sowie dominanten soziokulturellen Lebensweisen. Anhand des Beispiels Wien unterscheiden wir vier Phasen dieser historisch-spezifischen Wechselbeziehungen: das Christlich-Soziale Wien vor 1918, das Rote Wien zwischen 1919-1934, das Wohlfahrtskapitalistische Wien nach 1945 und ein Wien des umkämpften Neoliberalismus seit den 1980er Jahren. Abschließend erfolgt ein Ausblick für inter- und transdisziplinäre Stadtforschung.

Sozialökologische Infrastrukturen, Lebensweisen, (De-)Kommodifizierung, Alltagsökonomie, Wien

Einleitung: Infrastrukturen im Wandel

Unsere Art tätig zu sein und zu denken hängt von sich verändernden Infrastrukturen ab. Sie formen unsere alltäglichen Praktiken, Routinen und Gewohnheiten: von Mobilität und Freizeitgestaltung über Kinderbetreuung und Arbeit. Als gemeinsame Ordnungssysteme beeinflussen sie dauerhaft, wie Menschen ihr Leben (nicht) gestalten können. Ohne ausreichenden Wohnraum und Stromnetze gibt es kein angemessenes Wohnen, ohne Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen keine Absicherung in Situationen physischer und psychischer Verwundbarkeit, ohne Straßen, Transportwege, Internetverbindungen und Bildungseinrichtungen keine funktionierende kapitalistische Marktwirtschaft.

Die konkrete Bereitstellung von Infrastrukturen, d.h. die kontextspezifische Form, wie Bedürfnisse befriedigt werden *können*, hängt von multiskalaren Regelwerken ab, welche Zugang und Nutzung normieren: Wie sind nationale Wohnungspolitiken konfiguriert? Wer hat Zugang zu Gesundheitsdiensten? Oder allgemeiner: Welche Vorschriften organisieren den Zugang inklusiv und welche tragen zu sozialer Stratifikation und Segregation bei? Dabei ist es von zentraler Bedeutung, welchen Stellenwert Märkte in der Grundversorgung haben. Angelehnt an Karl Polanyi untersuchen wir diese Regelwerke daher anhand der Kriterien Kommodifizierung und Dekommodifizierung, d.h. der vermarktlichten und nicht-vermarktlichten Bereitstellung infrastruktureller Leistungen. Wir definieren dieses Zusammenspiel von Infrastrukturen (als Artefakte) und deren politökonomischen Regelwerken der (De-)Kommodifizierung als *infrastrukturelle Konfigurationen* (Bärnthaler et al. 2020)¹.

Diese stehen wiederum in Verbindung mit spezifischen Lebensweisen, d.h. routinisierten, kontextspezifischen und wertbehafteten Bündeln soziokultureller Praktiken, wie Bedürfnisse befriedigt *werden*. Wir entscheiden weder täglich aufs Neue, wie wir zur Arbeit kommen, noch wie und wo wir unsere Freizeit verbringen. Die Wechselwirkungen zwischen infrastrukturellen Konfigurationen und Lebensweisen resultieren daher, dass erstere das Ergebnis gesellschaftlicher Strukturierungsprozesse sind und gleichzeitig eine gesellschaftliche Strukturierungswirkung innehaben: Einerseits sind die bebaute Umwelt und dessen Regelwerke Produkt gesellschaftlicher Imaginationen, Kräfteverhältnissen und Normen. Andererseits beeinflussen sie als sozialräumliche Ordnungssysteme und Weichensteller für zukünftig (nicht)

1 Siehe dazu auch den Beitrag von Astrid Krisch und Leonhard Plank in diesem Band.

erwünschte Praktiken wieder das kollektive Bewusstsein. In diesem Sinne ist die Analyse von Infrastrukturen ein geeigneter Ansatz, um die Zeichen der Zeit zu deuten (Barlösius 2019: 14).

Ausgehend von diesen Überlegungen untersuchen wir im Folgenden, anhand des Beispiels Wien, den historischen Wandel von und die Wechselwirkung zwischen infrastrukturellen Konfigurationen und soziokulturellen Ordnungen in Form unterschiedlicher Lebensweisen. Dieser interdisziplinäre Forschungsansatz versteht sozialräumliche Entwicklungen als eingebettet in historisch gewachsene Strukturen: Gesellschaft, Wirtschaft, Raum und Zeit sind verwoben. Damit gehen wir von einer spezifischen, durch unser Forschungsinteresse geprägten, selektiven Kombination verschiedener – politischer, ökonomischer, historischer, soziokultureller und soziotechnischer – Theorieansätze aus. Dies ermöglicht ein erweitertes und damit klareres Verständnis aktueller politökonomischer und soziokultureller Dynamiken in der Wiener Stadtentwicklung. Daran anschließend analysieren wir die Krise gegenwärtiger Lebensweisen und erkunden das Potenzial sozialökologischer infrastruktureller Konfigurationen, diese zukunftsfähig zu organisieren.

Eine kurze Geschichte infrastruktureller Konfigurationen und Lebensweisen

Die Herausbildung spezifischer Infrastrukturkonfigurationen resultiert zumeist aus konkreten Problemlagen und daraus entspringenden sozialen Kämpfen. Im Europa des 19. Jahrhunderts führten katastrophale hygienische Bedingungen sowie die Anforderungen der modernen Industrie zur Errichtung einer breiten Palette ›technischer‹ Infrastrukturen² wie Wasser- und Gasleitungen sowie Abwassersystemen. Im 20. Jahrhundert forderten erstarkte Arbeiter- sowie Demokratiebewegungen zugängliche und erschwingliche ›soziale‹ Infrastrukturkonfigurationen³ (insbesondere den Auf-

2 Das Foundational Economy Collective (2019: 65) bezeichnet diese ›technischen‹ Infrastrukturen als die ›materielle Fundamentalökonomie‹.

3 Das Foundational Economy Collective (2019: 66) bezeichnet diese ›sozialen‹ Infrastrukturen als die ›providentielle Fundamentalökonomie‹ (vom Englischen *to provide with* bzw. *for*: versorgen mit, sorgen für).

und Ausbau öffentlicher Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung). Die entstehenden Wohlfahrtssysteme erhöhten den Lebensstandard und steigerten gleichzeitig die Arbeitsproduktivität. Diese ›technischen‹ und ›sozialen‹⁴ Infrastrukturkonfigurationen des 19. und 20. Jahrhunderts unterstützten zudem die Kapitalakkumulation, institutionalisierten bürgerliche, politische und soziale Rechte und förderten die Herausbildung bestimmter Lebensweisen.

Im Folgenden wird der Bereitstellung von Wohnraum besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Diese ist tief in verschiedene Infrastrukturkonfigurationen verstrickt: eine funktionierende Bereitstellung von Wohnraum beruht auf ›technischen‹ Infrastrukturen, die Attraktivität des Lebensumfelds auf der Verfügbarkeit ›sozialer‹ Infrastrukturen und Nachhaltigkeit sowie Resilienz auf ökologischen Infrastrukturen. Die Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit von Wohnraum hängt wiederum von der Konfiguration multiskalarer Regelwerke ab, die Bereitstellung und Nutzung (de-)kommodifizieren, einschließlich Mietregelungen und Widmungskategorien sowie Eigentumsrechten.

Das Christlich-Soziale Wien (vor 1918)

Im späten 19. Jahrhundert gab es in europäischen Städten eine erste »heroische Phase«, die »die Entfaltungschancen, die Lebensqualität und den Alltag der Menschen« (FEC 2019: 81) nachhaltig transformierte. Es entstanden ein Großteil jener Infrastrukturen, für die Wien bis heute bekannt ist. Zwischen 1869 und 1910 wuchs die Bevölkerung von 890.000 auf 2,08 Millionen wodurch die Stadt vor große Aufgaben gestellt wurde: Epidemien brachen aufgrund fehlender Hygiene, bedingt durch mangelhafte Wasserversorgung und Kanalisation, aus. Die Nachfrage der Industrie nach Verkehrsinfrastruktur und Wohnraum für die Beschäftigten explodierte. Eine liberale Kommunalverwaltung veranlasste den Bau der ersten Hochquellwasserleitung, die 1873 eröffnet wurde. Weitere ›technische‹ Infrastrukturen wie Straßen, Rohre und Leitungen schufen eine Basisinfrastruktur.

Deren massiver Ausbau erfolgte unter dem Christlich-Sozialen Karl Lueger (1897-1910), dem ersten nichtliberalen Bürgermeister einer Mil-

4 Da Infrastrukturen, unserem relationalen und koproduktiven Verständnis folgend, immer soziotechnisch zu verstehen sind, werden wir im Folgenden die in der Literatur übliche Zweiteilung unter Anführungszeichen setzen.

lionenstadt. Dieser dekommodifizierte substantielle Teile der städtischen Infrastruktur, indem er Gas-, Wasser- und Industrierwerke sowie die Straßenbahn in kommunales Eigentum der Stadt Wien überführte. Regressive Konsum- und Mietensteuern finanzierten weitere Investitionen, unterstützt von der 1907 eigens eingerichteten Zentralsparkasse der Gemeinde Wien (Weihsmann 1985: 14). Die Abkehr vom *Laissez-faire* ergab sich aus der Einsicht, dass städtisches Zusammenleben gemeinwohlorientierte Einrichtungen voraussetzt: Sowohl Probleme der Hygiene, der Grundversorgung als auch des Massenverkehrs können nur kollektiv gelöst werden. Luegers Strategie leitete einen nachhaltigen Paradigmenwechsel im Selbstverständnis moderner Stadtverwaltungen ein: die Stadt trage eine Verantwortung für das Wohlergehen der Bevölkerung, welche über die öffentlich organisierte Bereitstellung einer kommunalen Infrastruktur wahrgenommen wurde. Simultan waren der Ausbau und die öffentliche Bereitstellung dieser »technischen« Infrastrukturen auch funktional für lokale Unternehmen und unterstützten deren private Kapitalakkumulation. Es ist daher kein Widerspruch, dass kommunale Reformen und öffentlich bereitgestellte Investitionen kapitalistische Modernisierungsprozesse durch passende Vorleistungen unterstützen (FEC 2019: 79ff). Im Gegenteil: Die Dekommodifizierung bestimmter Wirtschaftssektoren (insbesondere der infrastrukturellen Bereitstellung) und Lebensbereiche (insbesondere des Haushalts) federt damit bestimmte, dem Kapital innewohnende, selbsterstörerische Tendenzen ab (Offe 1975).⁵

Lueger rahmte Wien als familiäre, vorindustrielle und mittelständische Vaterstadt, angelehnt an die antiliberale, antisemitische und paternalistische Programmatik der katholischen Kirche. Grundstückseigentümern, Unternehmern und der verunsicherten Mittelschicht versprach er wirtschaftlichen Schutz vor oftmals ausländischen Monopolisten sowie die Verteidigung kultureller und religiöser Traditionen. Jüdische Akademiker und Akademikerinnen sowie Kaufleute, Kunstschaffende und sozialistische Gruppen wurden gleichermaßen dafür verantwortlich gemacht, dass Traditionen und Sicherheiten erodierten. Konform mit den im deutschen Kaiserreich bereits

5 Wie Karl Polanyi bemerkt, bedingen sich im Kapitalismus Kommodifizierung und Dekommodifizierung gegenseitig. Mit Marx gesprochen »ist die kapitalistische Produktionsweise bedingt durch außerhalb ihrer Entwicklungsstufe liegenden Produktionsweisen« (Marx 1885: 87), die, wie Rosa Luxemburg (1913) notiert, selbst nicht nach Kapitalgesetzen reguliert sind. Wolfgang Streeck nennt dies den »alltäglichen Kommunismus, der unserem alltäglichen Kapitalismus unterliegt und ihn überhaupt erst ermöglicht« (FEC 2019: 7).

etablierten nationalistischen Ausgrenzungspraktiken, kultivierte Lueger einen xenophoben Populismus gegen nichtkatholische und nichtösterreichische Minderheiten des Habsburgerreichs, welche in deren Hauptstadt strömten. Damit war Lueger verantwortlich für eine »politische Kultur, die die Massen gegen die (alten) Eliten und die ›Integrierten‹ gegen die ›Auswärtigen‹ aufhetzte« (Maderthaler/Musner 2002: 867; unsere Übersetzung). Der Heimatbegriff wurde vorsätzlich mit konservativen, christlichen und antisemitischen Wertzuschreibungen konnotiert und auf den Ausschluss jüdischer Eliten, säkularer Marxisten und Marxistinnen sowie emanzipatorischer Arbeiter- und Frauenbewegungen gerichtet. Luegers Vermächtnis einer ausgeweiteten öffentlichen ›technischen‹ Basisinfrastruktur wurde getragen von exkludierenden Diskursen, wie und durch wen diese zu nutzen seien.

Das Rote Wien (1919-1934)

Aufgrund seines Bündnisses mit den Mietshausbesitzern blieb der Wohnungsmarkt aus Luegers Kommunalisierungsprogramm ausgespart. Da private Bauträger keine kommunale Regulierung befürchten mussten und Mieten beliebig angepasst werden durften, war die Bewohnerschaft denkbar schlecht gestellt: Wohnungen waren oft ohne Toiletten, Wasser- und Gasanschlüsse oder elektrisches Licht ausgestattet. Dennoch machten der Mietzins rund 25 Prozent der monatlichen Einkünfte von Arbeiterhaushalten aus (Weihsmann 1985: 16f). Die Folge waren Wohnungslosigkeit oder schlechte Wohnverhältnisse, Tuberkulose galt als ›Wiener Krankheit‹ und ›Bettgeher‹ – Menschen, die stundenweise in fremden Wohnungen ein Bett zum Schlafen benutzten – waren verbreitet.

Das Versprechen der Sozialdemokratie, infrastrukturelle Konfigurationen zu schaffen, um die Wohnungsnot zu lindern, trug wesentlich zu ihrem Erfolg bei den ersten demokratischen Gemeinderatswahlen mit allgemeinem Wahlrecht 1919 bei. Die sozialdemokratische Stadtregierung stellte fortan die Wohnungsfrage ins Zentrum ihrer Politik. Dabei konnte sie auf den kommunalen Verwaltungsstrukturen Luegers ebenso aufbauen wie auf der durch ihn institutionalisierten Praxis, die Bedürfnisse städtischen Zusammenlebens kollektiv zu befriedigen. Es entstanden infrastrukturelle Konfigurationen, die die gesellschaftliche Teilhabe für breite Gesellschaftsschichten erleichterten: Rund 64.000 Gemeindewohnungen wurden errichtet, das Fürsorgewesen und die Volkshochschulen sowie weitere Bildungseinrichtungen ausgebaut und qualitativ hochwertige Freizeitangebote geschaffen. Wohnbauten waren

vergleichsweise hell und geräumig und wurden, wie ihre angegliederten Dienstleistungen (z.B. Kindergärten, Bibliotheken, Wäschereien), kostendeckend bereitgestellt. Ebenso versuchte man Segregation zu vermeiden und setzte die teilweise kolossalen Baukomplexe wie den Karl-Marx-Hof nicht in die Peripherie, sondern verteilte sie über das gesamte Stadtgebiet. So entstanden Alternativen, teilweise auch bloß Ergänzungen, zum *kaiserlichen und bürgerlichen* Stadtbild. Der zentrale Beitrag der Sozialdemokratie bestand also darin, den kommunalen Aufgabenbereich und den Kreis der Adressaten und Adressantinnen zu erweitern: Zu den »technischen« kamen »soziale« Infrastrukturen, deren Regelwerke ausdrücklich inklusiv, das heißt für möglichst alle zugänglich waren.⁶

Auch im Roten Wien konnten die Modernisierungsmaßnahmen nicht ohne umfassende Regulierung des Wohnungsmarktes stattfinden. Die 1917 vom Kaiser erlassenen rigorosen Mietpreisbeschränkungen (»Friedenszins«) schützen die Mieterschaft vor rasant steigenden Wohnkosten. Auch im Zuge der galoppierenden Inflation durften Mieten nicht an die Preissteigerungen angeglichen werden. In der Vorkriegszeit errichtete Wohnungen verloren weitgehend ihre Warenförmigkeit, was Hausherren dazu veranlasste, ihre Grundstücke zu veräußern und Investitionen auszusetzen. Die in der Folge weiter sinkenden Grundstückspreise boten günstige Voraussetzungen für das kommunale Wohnbauprogramm des Roten Wiens. Im Gefolge der 1922 vollzogenen Trennung von Niederösterreich wurde Wien ein autonomes Bundesland und hatte fortan erweiterte fiskalpolitische Kompetenzen. Umfassende Investitionen konnten über progressive Steuern auf Luxusgüter und Wohnbauten finanziert werden. Kleine Wohnungen sahen Steuersätze von zwei Prozent vor, während Luxusobjekte mit bis zu 36 Prozent besteuert wurden.

Erstmals regierte eine Sozialdemokratie, die internationalistisch, fortschrittsorientiert und antiklerikal ausgerichtet war. Stadtbürgerschaft wurde neu definiert. Die Beschränkung von Bürgerrechten auf die bürgerlichen Klassen wurde ebenso problematisiert wie nationale Zugehörigkeit als zentrales Kriterium. Infrastrukturelle Regelwerke fokussierten auf Inklusion und einer kulturellen Öffnung, allen voran der Emanzipation der Frau (Unger 2019; Wasserman 2014: 55). Die Auseinandersetzung der Zwischenkriegszeit war daher mehr als Klassenkampf, mehr als die Konfrontation widerstreitender ökonomischer Interessen und Verteilungskämpfe. Sie war immer auch

6 Arbeitslose oder Menschen ohne reguläre Arbeit blieben jedoch weitgehend ausgeschlossen (Kadi 2018).

ein Kulturkampf, ein Kampf um infrastrukturelle Regelwerke, denen Vorstellungen über städtisches Zusammenleben zugrunde lagen, um die Stellung der Wissenschaft und der Frau in der Gesellschaft, um Antisemitismus und den Einfluss der Kirche auf das Bildungssystem. Diese transformative Agenda war ein subversiver Gegenentwurf zum konservativen Wertekatalog christlich-sozialer Parteien, Monarchisten und Nazis gleichermaßen. Letztere einte, Lösungen zunehmend in autoritären Versprechungen zu suchen. So blieben auch im Roten Wien antisemitische Studierendenverbindungen und antidemokratisch gesinnte Professoren ebenso wie konservative Tageszeitungen dominant (Wasserman 2014). Die umfassenden Erneuerungen des Roten Wiens sahen sich heftigem Widerstand ausgesetzt, was 1934 in einem kurzen Bürgerkrieg zu dessen Ende führte.

Das Wohlfahrtskapitalistische Wien (1945– ca. 1980)

Der Wiederaufbau Wiens fand im Kontext rückläufiger Bevölkerungszahlen und vor der Drohkulisse des Eisernen Vorhangs statt. Während eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte vermieden wurde, trugen Klassenkompromiss und Konsenspolitik zur Etablierung sozialer Rechte und Vollbeschäftigung bei. Die Sozialdemokratische Partei regierte mit absoluter Mehrheit unter Einbindung der ÖVP, Nachfolgepartei der Christlich-Sozialen. Zwischen 1947 und 1970 errichtete die Stadtregierung 96.000 neue Gemeindewohnungen. Wohnen wurde zumindest teilweise ein soziales Recht.⁷ Finanziert wurde der Wohnungsbau durch eine verpflichtende Abgabe aller Beschäftigten von einem Prozent der Lohnnebenkosten. Die Wiederinkraftsetzung des österreichischen Mietrechts von 1922/29 froh die Mieten für vor dem Zweiten Weltkrieg gebaute Wohnungen ein, schützte bestehende Mietverträge und milderte Tendenzen der Kommodifizierung im Bereich des Wohnens. Der soziale Wohnraum wurde für die Mittelschicht geöffnet.

In den 1970er Jahren galt der quantitative Wohnungsfehlbestand des weiterhin schrumpfenden Wiens als überwunden und die politischen Bemühungen verschoben sich in Richtung einer ›sanften Stadterneuerung‹ – der staat-

7 Auch der dekommodifizierte Wohnungssektor blieb trotz seiner Größe in gewissem Maße exklusiv. Bis 2006 konnten nur österreichische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen einen kommunalen Wohnraum beantragen. Arbeitsmigranten und -migrantinnen, insbesondere aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, waren vom privaten, oft qualitativ schlechteren und teureren Mietwohnungsmarkt abhängig und wurden nicht selten von privaten Vermietern und Vermieterinnen diskriminiert (Kadi 2018).

lich geförderten und regulierten Modernisierung privater Wohnbauten aus der Vorkriegszeit mit der Zielsetzung, bestehende Mietverträge zu erhalten.⁸ Somit wurde der private Wohnungsbestand durch öffentliche Förderung erheblich verbessert – von der Installation von Strom, Wasser und Gas bis hin zu Badezimmern und Toiletten. Durch die bereits während des Krieges geförderten Infrastrukturen für den Individualverkehr richtete sich die Stadtentwicklung fortan immer mehr an den Stadtrand: Soziale Wohnbauprojekte wurden in die Peripherie verlegt, die durchschnittliche Wohnfläche an neue Konsumbedürfnisse und räumliche Freiheiten angepasst und großzügige Grünflächen und Naherholungsgebiete der ›Stadt der langen Wege‹ angeschlossen. Das kulturelle Projekt des Roten Wiens, einen nichtkapitalistischen Lebensstil zu ermöglichen, wich einer technokratischen, wenn auch weitgehend dekommodifizierten Versorgung von Wohnraum, wodurch es die städtische Politik der Nachkriegszeit nicht vermochte, »an den sozialreformerischen Kraftakt der Zwischenkriegszeit, an das ›Gesamtkulturwerk‹ Gemeindebau von damals« (Ruhsmann/Wippel 2018: o.S.) anzuschließen.

Neben der öffentlichen Bereitstellung von Wohnraum verbesserte die Stadtregierung bestehende dekommodifizierte ›soziale‹ Infrastrukturen. Der erschwingliche, teilweise sogar kostenlose Zugang zu Wohnraum, Gesundheit und Bildung erhöhte die Kaufkraft der Haushalte und führte zu einem hohen und anhaltenden Wirtschaftswachstum, welches fast allen Klassen zugutekam. Der soziale Fortschritt manifestierte sich im fordistischen Massenkonsum: privates Auto, Haushaltsgeräte und Urlaubsreisen. Somit förderte die Dekommodifizierung des Wohnraums und zentraler ›sozialer‹ Infrastrukturen Kommodifizierung in anderen Bereichen in Form einer neuen »sozialen Konsumnorm« (Aglietta 2015: 82). Das Verständnis eines guten Lebens war materialistisch und basierte auf Homogenität, Wohlfahrt und Massenkonsum.

Tarifverhandlungen und Vollbeschäftigung erweiterten den bürgerlichen Lebensstil auf große Teile der Arbeiterklasse und ermöglichten ein gemeinsames Selbstbewusstsein der Mittelschicht: ein starkes Arbeits- und Familienethos, soziale Aufwärtsmobilität und erhöhte ›Statusinvestitionen‹, z.B. in Form von Immobilienkrediten für Wohneigentum (Reckwitz 2019: 76). Die

8 Da Mietpreisbeschränkungen jedoch nur für die Förderungsdauer von 15 Jahren gelten und Mieten anschließend auf Marktniveau angehoben werden können, eröffnete das Programm der ›sanften Stadterneuerung‹ langfristige Möglichkeiten der Vermarktlichung zur privaten Realisierung potenzieller Mietertragslücken.

dominierende Lebensweise der Nachkriegszeit beruhte auf Loyalität gegenüber bestimmten Institutionen, sei es der Familie oder Nation. ›Normalität‹ und Ordnung, verstanden als stabile berufliche Laufbahn und vorhersehbarer Lebensweg, durchdrangen alle Lebensbereiche: Konsum und Freizeit, Arbeit und Familie (basierend auf dem männlichen Ernährermodell), Wohnen sowie heteronormative Geschlechterverhältnisse. Dies erforderte soziale Kontrolle und die Integration des Einzelnen in kohärente Arrangements (Reckwitz 2019: 77). Nichtkonformität wurde sozial abgewertet und als Form des Extremismus abgelehnt. Die ausbleibende Rückkehr der wenigen überlebenden Intellektuellen, Forschenden und Kunschtchaffenden nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, dass der progressive und intellektuelle Kosmos des Roten Wiens nachhaltig zerstört blieb (Becker/Novy 1999: 137). Innovation sowie kreative und revolutionäre Ideen wurden skeptisch betrachtet.

Wien des umkämpften Neoliberalismus (seit ca. 1980)

Der hyperglobalisierte Finanzkapitalismus unterminierte das stabile politische Umfeld der Wohlfahrtsstaaten. So verstrickte sich selbst der große dekommodifizierte Wohlfahrtssektor Wiens seit den 1980er Jahren in Tendenzen der Vermarktlichung.⁹ Nach Jahrzehnten der absoluten Mehrheit fiel die Sozialdemokratische Partei 1996 auf weniger als 40 Prozent, was zu einer Koalitionsregierung mit der ÖVP führte, die sich für *New Public Management* und neoliberale Reformen einsetzte (Novy et al. 2001). Von 2001 bis 2010 regierten die Sozialdemokraten wieder allein und bildeten von 2010 bis 2020 eine Koalition mit den Grünen, die sich zu den dekommodifizierten ›technischen‹ und ›sozialen‹ Infrastrukturen Wiens bekannte (Plank 2019). Welche Auswirkungen die Koalitionsregierung mit den wirtschaftsliberalen, Privatisierungen begrüßenden Neos (ab 2020) haben wird, ist offen. Denn schon jetzt gibt es zahlreiche Beispiele schleichender Vermarktlichung im Bereich Wohnen:

(1) Eine *Schwächung der österreichischen Mietregulierung*, z.B. die Herauslösung von Kategorie-A Wohnungen aus Mietpreisbeschränkungen, befristete Mietverträge und Aufschläge für Qualitäts- und Standorterwägungen (Matznetter 2019). Folglich stiegen die Mieten insbesondere für neue Verträge in

9 So wurden Formen der Finanzialisierung, wie *cross-border leasing*, zur Finanzierung von Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in die Bildung eingesetzt (Hamedinger et al. 2019).

privaten Mietwohnungen stark an (Tockner 2017: 12). Dies förderte einen Prozess der ›Dualisierung‹: Während jene Menschen gut abgesichert sind, die eine Gemeindewohnung oder geförderte Mietwohnung, meist mit unbefristetem Mietvertrag, haben, sind Neuankömmlinge in der Stadt vermehrt auf den teureren und befristeten privaten Mietmarkt angewiesen (Kadi 2015). Digitale Plattformen, wie *AirBnB*, tragen zur weiteren Erosion des Mietrechts bei, indem sie Wohnungen als ›Ferienwohnungen‹ anbieten und damit den Geltungsbereich des Mietrechts umgehen (Kadi et al. 2019).

(2) Finanzwirtschaftliche Zwänge begünstigten *Privatisierung*: Im Jahr 2004 beendete die Gemeinde den Bau neuer Gemeindewohnungen und lagerte den sozialen Wohnungsbau an gemeinnützige (anteilscheinpflichtige) Bauträger oder private gewinnorientierte Anbieter aus.¹⁰ Darüber hinaus eröffneten Subventionen an gewinnorientierte Bauträger (deren Mietvorschriften befristet sind) sowie die Option zum Kauf von Mietwohnungen (eingeführt in Teilen des gemeinnützigen Sektors) die Möglichkeit der privaten Aneignung immobilienwirtschaftlicher Aufwertung. Denn Privatisierung ist oft der erste Schritt, um eine *Immobilie* mit einem bestimmten Gebrauchswert in einen mobilen Vermögenswert umzuwandeln, der wie jeder andere finanzielle Vermögenswert am Markt (aus)tauschbar ist (Clark et al. 2015: 11).

(3) Die Deregulierung der Finanzmärkte sowie sinkende Zinssätze und Investitionsmöglichkeiten nach 2008 haben die *Finanzialisierung* von Wohnimmobilien stimuliert und Investitionen in ›Betongold‹ vorangetrieben. Eine aktuelle Studie (ÖNB 2019) berechnete eine 26-prozentige Überbewertung von Immobilien in Wien – Zeichen einer möglichen Blasenbildung. Nationale Steueranreize (z.B. die Abzugsfähigkeit von Darlehenszinsen oder die Abschreibung leerstehender Immobilien) begünstigten die weitergehende Finanzialisierung von Wohnimmobilien (Aigner 2019).

Diese Liberalisierungs- und Vermarktlichungstendenzen am Wohnungsmarkt gingen einher mit kultureller Differenzierung, Postmaterialismus und neuen Geschlechterrollen. In Wien sind neue (subventionierte) Wohnbauten wie Frauenwerkstatt I (1997/98) und II (2004), autofreies Wohnen (1999), interkulturelles Wohnen (1996) und Mehrgenerationenwohnen (2000) Beispiele für themenorientierte Wohnprojekte, die dieses Bedürfnis nach einer Differenzierung von Lebensstilen aufgriffen (Reinprecht 2019: 26ff). Wohnen wur-

10 Im Jahr 2015 wurde der Bau von Gemeindebauten in geringem Umfang wiederaufgenommen.

de zunehmend zu einer Form individueller Identitätsbildung sowie des Ausdrucks alternativer Lebensweisen. Forderungen nach Individualisierung, Autonomie und Selbstverwirklichung wurden zu neuen Leitwerten. Diese liberale Lebensweise ist idealtypisch mobil und kosmopolitisch, diversitätssensitiv, prinzipiell »grün«, offen für Innovation und trachtet danach, sich von traditionellen kollektiven Kategorien (z.B. Staatsbürgerschaft, Familie, ethnische Zugehörigkeit, Mann/Frau) zu emanzipieren.

Während dieses Wertesystem emanzipatorisch in Bezug auf traditionellen Normen ist, wird es im Neoliberalismus gleichzeitig marktkonform. Bereits 1989 stellte Zukin (1989: 68) fest, dass die »Massenproduktion des Individuums« einer »Individualisierung der Massenproduktion« weicht – auch im Wohnen. Die Suche nach dem Besonderen auf der Nachfrageseite verbindet sich mit der Suche nach Mietertragslücken auf der Angebotsseite. Die nach Unterscheidung strebende Mittelschicht erhebt Konsumentensouveränität und Singularität zum Standard – dies umfasst paradoxerweise auch ihre Wertschätzung gegenüber ökologischer Nachhaltigkeit. Ökologisch-nachhaltiges Wohnen wird auf einen singulären, zu *kuratierenden* Lebensstil reduziert. Es wird zu einer Form der Selbstverwirklichung, zu einem kulturellen Gut, das auf dem Markt erworben werden kann (Reckwitz 2017). Unter diesen Bedingungen ist ökologische Nachhaltigkeit kein »Hindernis für kapitalistische Akkumulation, sondern ein konstitutiver Teil davon« (Gibbs/Krueger 2007: 103). Die Bereitstellung einer besseren Lebensqualität setzt individuelle Zahlungsfähigkeit voraus, welche von Zufall und Erfolg auf stratifizierten Arbeitsmärkten mit steigendem Gefälle von hohen zu niedrigen Einkommen abhängt. Nachhaltiges Wohnen wird exklusiv und damit nur für einige verwirklicht: Innerhalb einer solchen infrastrukturellen Konfiguration werden eine ökologisch nachhaltige und eine sozial gerechte Stadt unvereinbar.

Lebensweisen und Reformismus in der Sackgasse

Unsere historische Analyse zeigt die durch gewachsene Strukturen entstandenen Pfadabhängigkeiten städtischer Entwicklung, die die konkreten Antworten auf historische Problemlagen beeinflussen. Diese Problemlösungsfähigkeit historisch gewachsener infrastruktureller Konfigurationen und Lebensweisen steht heute, angesichts von Neoliberalismus, Klimakrise und steigenden Ungleichheiten, auf dem Prüfstand.

Die Grenzen eines zaghaften Reformismus

Ein zaghafter Reformismus, der vor allem das bisher Erreichte, d.h. die bestehenden ›technischen‹ und ›sozialen‹ dekommodifizierten Infrastrukturen, verteidigt,¹¹ wird zunehmend ungenügend. Es braucht zwar weiterhin die Verteidigung kommunalen Eigentums¹² sowie die Anpassung und Erweiterung bestehender Infrastrukturkonfigurationen. Besonders wichtig ist hierbei die, im Jahr 2019 beschlossene, Widmungskategorie ›geförderter Wohnbau‹ durch die große künftige Bauprojekte zwei Drittel ihrer Flächen für sozialen Wohnbau zur Verfügung stellen müssen. Dies fördert genossenschaftliche und kommunale Bauprojekte. Darüber hinaus braucht es aber auch neue – *sozialökologische* – Infrastrukturkonfigurationen. Wir definieren diese als für alle zugänglich (z.B. öffentliche Räume), erschwinglich (z.B. Wohnen, Gesundheit und Pflege) und nachhaltig (d.h. potenziell universalisierbar). Sie bieten unter anderem öffentliche Grünräume, ressourcenschonende Freizeitangebote, dekarbonisierte Mobilität sowie nachhaltige Nah- und Energieversorgung. Somit stärken sie die wohlfahrtskritischen, aber oft vernachlässigten alltäglichen Aspekte eines zivilisierten Lebens, fördern Resilienz und senken, durch ihre dekommodifizierte Bereitstellung, Lebenshaltungskosten. Dadurch eröffnen sie neue Möglichkeitsräume für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse durch kollektive, ressourcenschonende Formen der Bereitstellung. Gleichzeitig muss ein mutiger Reformismus Strategien umsetzen, die Stadtbürgerschaft als ein materielles und soziales Recht auf die Stadt gewährleisten – für alle, die hier arbeiten und wohnen (Hamedinger et al. 2019). Dies ermöglicht, ungleiche und ressourcenintensive Formen der Versorgung sowie soziale Stratifikation und sozialräumliche Segregation einzuschränken. Dies schafft Voraussetzungen, ein *gutes Leben für alle* (O'Neill et al. 2018) zu ermöglichen und ökologische Katastrophen zu vermeiden.

Eine wichtige sozialökologische Maßnahme der letzten Jahre, das erschwingliche 365-Euro Jahresticket für den öffentlichen Verkehr, führte zu mehr als einer Verdoppelung der verkauften Jahrestickets (Wiener Linien 2020). Dennoch hat die Stadtpolitik ihre autozentrische Verkehrspolitik

11 So sind 26,3 Prozent aller Wohnungen in Wien immer noch im Gemeindebesitz (Kadi/Verlič 2019: 35).

12 Insbesondere angesichts der anhaltenden Gefahr einer weiteren Liberalisierung durch das europäische Wettbewerbsrecht.

nie aufgegeben. Angesichts der Knappheit städtischen Raums erlaubte dies lediglich einen bescheidenen Ausbau der Radwege und des öffentlichen Raums. Ressourcenintensive Infrastrukturen, die nichtnachhaltige Konsum-, Mobilitäts-, Energie- und Nahrungsmittelsysteme aufrechterhalten, müssen jedoch schrumpfen, wenn es die Stadtpolitik mit Nachhaltigkeit ernst meint. Die Befriedigung alltäglicher menschlicher Bedürfnisse durch kollektive Formen der Bereitstellung muss angesichts knapper Ressourcen Priorität haben vor individueller Konsumentensouveränität (Gough 2017: 4). Dies ist nicht nur eine Frage der *sozialen* Gerechtigkeit, sondern auch der *ökologischen* Nachhaltigkeit. Denn die Befriedigung begrenzter, aber universeller menschlicher Bedürfnisse wie Essen, Gesundheit, Erholung und Wohnen ist immer ökologisch nachhaltiger als die Verfolgung unbegrenzter individueller Präferenzen (Gough 2017: 13).

Dies zu verwirklichen erfordert mehr sozialen Druck ›von unten‹ und radikalere Politikentscheidungen ›von oben‹, um der vorherrschenden sozialen Polarisierung entgegenzuwirken und die Dominanz von Finanz-, Immobilien- und fossilem Kapital zu beenden. Nur breite Bündnisse von Bürgerinnenbewegungen, politischen Akteuren sowie Behörden können dominante Diskurse, Institutionen und Machtverhältnisse auf verschiedenen Ebenen verändern – und damit die Regelwerke für die Bereitstellung von Infrastruktur ökologisch nachhaltig und sozial inklusiv umstrukturieren. Eine derartige politische Schwerpunktsetzung auf sozialökologische infrastrukturelle Konfigurationen, so unsere These, hat das Potenzial, breite Allianzen zu schmieden, da sie zentrale, *aber zunehmend frustrierte*, soziokulturelle Bestrebungen traditioneller und liberaler Lebensweisen aufgreifen.

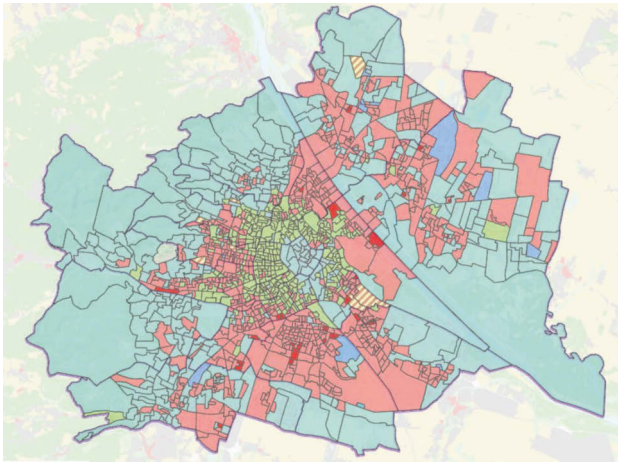
Lebensweisen in der Krise

Im gegenwärtigen Wien finden sich sowohl die Lebensweise der Nachkriegszeit (hernach: ›traditionell‹) und jene der neoliberalen Globalisierung (hernach: ›liberal‹) – allerdings zunehmend segregiert. Wiens Wahlverhalten kann als grober Maßstab für diese segregierte Koexistenz dienen. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die stärkste Partei und in allen Stadtteilen gut vertreten. Während sich die eher liberale Grünwählerschaft auf innerstädtische Viertel¹³ konzentriert, ist die Außenstadt zu einer Hochburg der rechtspo-

13 Der Verweis auf innerstädtische Stadtteile exkludiert in diesem Artikel die Innenstadt, d.h. den ersten Wiener Gemeindebezirk (siehe Karte 1).

pulistischen FPÖ geworden, die bei den Nationalratswahlen 2019 durch die rechtspopulistische ÖVP ersetzt wurde. Karte 1 zeigt dieses Wahlmuster:

Karte 1: Wahlverhalten bei der Nationalratswahl 2019 (grün = die Grünen; rot = SPÖ; türkis = ÖVP; blau = FPÖ); Karte abgefragt von Stadt Wien (o.D.)



So dominieren grün-liberale Einstellungen in den dicht besiedelten, kulturell vielfältigen, aber zunehmend gentrifizierten innerstädtischen Gebieten. Die liberale Lebensweise entwickelte sich in diesen Gebieten koevolutionär mit ausgeprägten ökologischen infrastrukturellen Konfigurationen (z.B. eine Verdichtung des öffentlichen Verkehrs, Radwegen und die Ausweitung von Fußgänger- und Begegnungszonen) sowie marktkonformen Strategien neoliberaler Stadterneuerung, die eine lebhafte, jedoch oftmals kommerzialisierte Umgebung mit attraktiven Konsum-, Kultur- und Freizeiterlebnissen förderten. Dagegen sind traditionelle Lebensweisen und entsprechende Parteien in der Peripherie stärker vertreten, insbesondere in ehemaligen Hochburgen der Sozialdemokratie. Die in diesen Gebieten *dominante* idealtypische Lebensweise beruht auf Massenkonsum, Motorisierung und (wenn möglich) privaten Ausstattungsmerkmalen (z.B. privater Garten, Swimming-Pool, Eigenheim, großer Fernseher). Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sind weniger ausdifferenziert, das öffentliche Verkehrsnetz ist dünner, es dominieren Durchzugsstraßen und große Einkaufskomplexe. Diese Lebenswei-

se ist ortsbezogen und sympathisiert mit traditionellen Geschlechterrollen sowie kommunitären, oft nationalistischen, manchmal rassistischen Weltanschauungen.

Obwohl traditionelle und liberale Lebensweisen gegen die jeweils andere verteidigt werden, sind beide für einen zunehmenden Teil ihrer Befürworterinnen und Befürworter dysfunktional geworden.¹⁴ Erstere entstand unter dem Einfluss einer fordistischen Regulierung, mit Vollbeschäftigung und dekommodifizierten ›sozialen‹ Infrastrukturen. Dies ermöglichte eine beständige berufliche Laufbahn und einen vorhersehbaren Lebensweg. Angesichts steigender sozialer Unsicherheit und gefährdeter Arbeitsplätze versuchen manche Traditionalisten und Traditionalistinnen, den Status Quo mit immer aggressiveren, exkludierenden Sündenbockpraktiken zu erhalten (Blühdorn 2020), was nichts daran ändert, dass ihre sozioökonomische Stabilität gefährdeter denn je ist. Zweitens ist die traditionelle Lebensweise soziokulturell in der Defensive: Ihre ehemals ›modernen‹ Kernprinzipien haben ihre soziale Dominanz in zunehmend differenzierten Gesellschaften verloren. Konflikte um soziokulturelle Hegemonie sind die Folge (Reckwitz 2019: 67). Umweltpolitik und grüne Werte werden von Traditionalisten und Traditionalistinnen oft als ›Luxus‹ abgetan, der vermeintlich ausschließlich von einer liberal-elitären Minderheit gefordert wird. Demgegenüber gelte es, an Gewohnheiten und Routinen festzuhalten, auch wenn sie zu einem nichtnachhaltigen ökologischen Fußabdruck beitragen.

Gleichzeitig definiert die liberale Lebensweise die ökologischen Herausforderungen einseitig marktkonform, betont nachhaltigen Konsum und Marktlösungen. Die damit einhergehende Wohnungsmarkliberalisierung hat für Vermögensbesitzende Möglichkeiten geschaffen, Mietertragslücken als Strategie der Stadterneuerung auszunutzen. Dies erschwert den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum auch für einen zunehmenden Teil der gebildeten und liberalen Mittelschicht.

-
- 14 Jaeggi (2014: 252) definiert Lebensweisen als historisch und kulturell unterschiedliche ›Problemlösungsstrategien‹, um bestimmte gewünschte Ergebnisse zu erzielen. Erfolgreiche Problemlösungsstrategien werden zu Routinen, z.B. das männliche Ernährermodell während des Fordismus. Aber zu einem bestimmten Zeitpunkt wird diese Problemlösungsstrategie dysfunktional und kann veränderten Anforderungen nicht mehr entsprechen – wie z.B. bei den veränderten Lebensentwürfen von Paaren im 21. Jahrhundert, wenn Gleichberechtigung zur Grundlage von Familiengründungen wird: Das männliche Ernährermodell gerät in eine Krise.

Unter den neoliberalen Bedingungen marktorientierter Stadtentwicklung liefert daher keine der beiden Lebensweisen das, was ihre Protagonisten und Protagonistinnen anstreben. Gefragt wären daher neue Lebensweisen, die sich stärker auf sozialökologische Infrastrukturkonfigurationen stützen. Diese sind hegemoniefähig, weil sie Wünsche und Sehnsüchte beider Lebensweisen aufgreifen. Sie sind tendenziell ortsbezogen, bewahren, pflegen und bauen Orte der Identifikation und Bedeutung auf kontextsensitive Weise: von dezentralen öffentlichen Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, in denen man bekannte Gesichter trifft, bis zu lokalen Sportstätten und dem Beisl um die Ecke als soziale Treffpunkte; von lokalisierten Reparaturwerkstätten sowie der Bäckerei und dem Greißler in der Nähe, die einen regelmäßigeren Einkauf kleinerer Mengen ermöglichen, bis hin zu lokalisierten grünen Erholungszentren und öffentlichen Teichen im Bezirk.

Weiter gestärkt wird diese Strategie, wenn gezeigt werden kann, wie abhängig die traditionelle Lebensweise von dekommodifizierten Konfigurationen »sozialer« Infrastrukturen ist. Die wohlfahrtskapitalistische Stadt mit ihren dekommodifizierten Infrastrukturen schuf die Grundlage für eine individuelle Aufwärtsmobilität und gesellschaftliche Stabilität, die für die Jungen heute angesichts des hyperglobalisierten Finanzkapitalismus immer unwahrscheinlicher werden.

Und auch für die liberale Lebensweise gilt, dass das Streben nach Selbstverwirklichung und »Einzigartigkeit« sehr schwierig wird, wenn Zugang zu erschwinglichem Wohnraum nicht durch öffentliche Rahmensetzungen ermöglicht wird. Beispielsweise sind innerstädtische Stadtteile rund um Wiens Gürtel aufgrund des Lärms und der Luftverschmutzung immer noch durch eine geringere Lebensqualität gekennzeichnet und werden von überwiegend migrantischen, einkommensschwachen und weniger formell ausgebildeten Gruppen bewohnt (Stadtentwicklung Wien 2016). Der Rent-Gap Theorie folgend (Smith 1979) sind diese innerstädtischen Stadtteile Hauptkandidaten für ökologische Gentrifizierung – *wenn* städtische Entwicklung dem Markt überlassen wird. Diese Viertel könnten aber auch, durch demokratische Entscheidungen über sozialökologische Infrastrukturkonfigurationen, einschließlich eines mieterfreundlichen Mietrechts (eine »top-down« Politik) und partizipativer Politik (»von unten«), in gemischte Stadtteile umgewandelt werden, die nach lokalen Bedürfnissen gestaltet und für alle zugänglich sind. Dies führt auch zu einem veränderten Verständnis von individuellem Handeln: Gegenüber einem exzessiven Fokus auf Selbstverwirklichung am Markt, allen voran durch »gute« Kaufentscheidungen, tritt die Suche nach passenden

politischen Entscheidungen über gewünschte Infrastrukturkonfigurationen. Denn nur diese ermöglichen, dass ein gutes Leben auf eine Weise möglich wird, die ressourcenschonend und inklusiv ist. Das erfordert den wirksamen Widerstand gegen weitergehende Vermarktlichung und die kollektive Gestaltung der oben beschriebenen sozialökologischen Infrastrukturkonfigurationen. Gelänge dies, wären neue Allianzen für eine sozialökologische Transformation möglich.

Ausblick: neue Allianzen für eine sozialökologische Transformation durch inter- und transdisziplinäre Stadtforschung

Der in dieser Untersuchung angewandte Zugang zu Stadtforschung ist interdisziplinär, insofern er verschiedene Theorieansätze aufgreift und Erkenntnisse unterschiedlicher Disziplinen nutzt, um Stadtentwicklung multiperspektivisch zu analysieren. Politik wird, diesem Verständnis nach, wesentlich über Infrastrukturen operationalisiert und wird so Teil der alltäglichen Realität der Menschen. Deshalb ist die Auseinandersetzung für passende Konfigurationen von Infrastrukturen ein umstrittenes Diskursfeld. Dies wirft Fragen ihrer Gouvernementalität und der geltenden Regelwerke ebenso auf wie nach Machtkonstellationen und Diskursen, innerhalb derer sie entstehen. Lange dominierten die Stadtpolitik marktliberale Ansätze des *Austerity* oder *New Urbanism* (Florida 2018; Peck 2012) sowie neoliberale Wettbewerbsprinzipien. Heute gilt dieser so angeheizte Städtewettbewerb nicht länger als gegeben. Die Suche nach Alternativen für zukunftsfähige Stadtentwicklung hat an Dynamik gewonnen. So etwa im kürzlich auf Deutsch erschienenen Buch zur »Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik« (FEC 2019). Bereits vor dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie bildeten nicht der glamouröse High-Tech Sektor, nicht die *kreative Klasse* und nicht Exporterfolge das Fundament für zukunftsfähige Städte, sondern die Vielzahl, allzu oft nicht wertgeschätzter wirtschaftlicher Aktivitäten, die Menschen tagtäglich benutzen. In Zeiten der Klimakrise gilt es, genau diese Bereiche zu stärken (FEC 2020).

Gerade in Österreich, Deutschland und der Schweiz, wo die kommunale Erbringung zentraler Daseinsvorsorgeleistungen durch Stadtwerke, Genossenschaften oder im Rahmen von interkommunalen Partnerschaften hohe Legitimität in der Bevölkerung genießt, gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, diesen Wandel gemeinsam zu organisieren. Doch er kann nicht »von oben« verordnet werden. Während transformative Handlungsmacht mutig

sein muss, neue sozialökologische Infrastrukturkonfigurationen zu institutionalisieren, kann ein Fokus auf Differenzierung und Kontextsensitivität Gefühle der Entfremdung und Angst vor plötzlichen Veränderungen lindern. Kontextspezifische Formen des sozialen Aushandelns wie sozialökologische Infrastrukturkonfigurationen implementiert und genutzt werden, sind daher entscheidend. Dies bezieht sich sowohl auf verschiedene kulturelle Milieus als auch auf verschiedene Stadtteile. Inter- und transdisziplinäre Stadtforschung kann hier wichtige Unterstützung leisten.

Es gilt die gegenwärtige Komplizenschaft infrastruktureller Konfigurationen und nichtnachhaltiger Lebensweisen zu analysieren, Frustrationspotenziale der diversen städtischen Bewohnerschaft aufzuzeigen und, gemeinsam mit dieser, Lösungswege zu entwickeln, die zwar auf tiefverankerten Sehnsüchten beruhen, diese aber, in differenzierter Weise, im Sinne einer gemeinsamen sozialökologischen Transformation neu denken. Dazu bedarf es transdisziplinärer Herangehensweisen und innovativer Formen der Beteiligung, um jene Rahmenbedingungen, Infrastrukturen und Institutionen zu identifizieren, von denen vor Ort das gute Leben abhängt.

Wir haben diesen Beitrag mit dem Anspruch verfasst, erste Ansatzpunkte für ein inter- und transdisziplinäres Forschungsprogramm zu liefern. Er ist jedoch dezidiert vorläufig und muss durch weitere Forschung empirisch an den jeweiligen städtischen Kontext angepasst und verfeinert werden. Wir sehen hierin ein zentrales Projekt einer inter- und transdisziplinären Stadtforschung, die Städte nicht nur verstehen, sondern auch so gestalten will, dass »Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle« (Polanyi 2014: 339) möglich wird.

Literatur

- Aglietta, Michel (2015): *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*, London: Verso.
- Aigner, Anita (2019): Wohnraum Als Investment: Eine Kritik Der Vorsorgewohnung, in: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 75, S. 17-25.
- Barlösius, Eva (2019): *Infrastrukturen als soziale Ordnungsdienste: Ein Beitrag zur Gesellschaftsdiagnose*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Bärnthaler, Richard/Novy, Andreas/Stadelmann, Basil (2020): A Polanyi-Inspired Perspective on Social-Ecological Transformations of Cities, in: *Journal of Urban Affairs*, S. 1-25.

- Becker, Joachim/Novy, Andreas (1999): Chancen und Grenzen Alternativer Kommunalpolitik in Wien – Ein Historischer Überblick, in: Kurswechsel 2, S. 5-16.
- Blühdorn, Ingolfur (2020): The Legitimation Crisis of Democracy: Emancipatory Politics, the Environmental State and the Glass Ceiling to Socio-Ecological Transformation, in: Environmental Politics 29(1), S. 38-57.
- Clark, Eric/Larsen, Henrik Gutzon/Hansen, Anders Lund (2015): Financialisation of Built Environments: A Literature Review, in: Financialisation, Economy, Society & Sustainable Development (FESSUD) Project.
- Florida, Richard (2018): The New Urban Crisis: How Our Cities Are Increasing Inequality, Deepening Segregation, and Failing the Middle Class-and What We Can Do About It, New York: Basic Books.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin: Suhrkamp.
- Foundational Economy Collective (2020): Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung, https://foundationaleconomy.com.files.wordpress.com/2020/11/die-leistungstragerinnen-des-alltagslebens_fe_layout-final.pdf [Zugriff am 10.02.2021].
- Gibbs, David/Krueger, Rob (2007): Containing the Contradictions of Rapid Development? New Economy Spaces and Sustainable Urban Development, in: David Gibbs/Rob Krueger (Hg.), The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe, New York: Guilford Press, S. 95-122.
- Gough, Ian (2017): Heat, great and human need, Cheltenham: Edward Elgar.
- Hamedinger, Alexander/Plank, Leonhard/Novy, Andreas (2019): »Wien Für Alle« – Perspektiven Zukunftsfähiger Stadtpolitik, in: Kurswechsel 4, S. 3-14.
- Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensweisen, Berlin: Suhrkamp.
- Kadi, Justin (2015): Recommodifying Housing in Formerly »Red« Vienna? in: Housing, Theory and Society 32(3), S. 247-265.
- Kadi, Justin (2018): Die Drei Phasen Der Sozialen Wohnungspolitik in Wien, in: ungarischer Übersetzung erschienen als: Kadi, J. (2018). A szociális lakásépítés három korszaka Bécsben, in: Máté Tamáska/János Balázs Kocsis (Hg.), Modell vagy külön út: Bécs szociális építészete, Martin Opitz Kiado: Budapest, S. 51-62.
- Kadi, Justin/Plank, Leonhard/Seidl, Roman (2019): Airbnb as a Tool for Inclusive Tourism? in: Tourism Geographies, S. 1-23.

- Kadi, Justin/Verlič, Mara (2019): Gentrifizierung am Privaten Wiener Wohnungsmarkt, in: Justin Kadi/Mara Verlič (Hg.), *Gentrifizierung in Wien: Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, Wien: AK Wien, S. 35-50.
- Luxemburg, Rosa (1913): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, Berlin: Paul Singer.
- Maderthaner, Wolfgang/Musner, Lutz (2002): *Textures of the Modern: Viennese Contributions to Cultural History and Urban Studies*, in: *Cultural Studies* 16(6), S. 863-876.
- Marx, Karl (1885): *Das Kapital. Bd. 2. Buch II: Der Cirkulationsprozess des Kapitals*, Hamburg: Otto Meissner.
- Matznetter, Walter (2019): 100 Jahre Mieterschutz: Ein Instrument zur Steuerung von Gentrifizierung, in: Justin Kadi/Mara Verlič (Hg.), *Gentrifizierung in Wien: Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, Wien: AK Wien, S. 13-24.
- Novy, Andreas/Redak, Vanessa/Jäger, Johannes/Hamedinger, Alexander (2001): The End of Red Vienna: Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance, in: *European Urban and Regional Studies* 8(2), S. 131-144.
- Offe, Claus (1975): The Theory of the Capitalist State and the Problem of Policy Formation, in: Leon N. Linberg/Robert Alford/Colin Crouch/Claus Offe (Hg.), *Stress and contradiction in modern capitalism*, Lexington: D. H. Heath, S. 125-144.
- ÖNB (2019): *Immobilien Aktuell – Österreich: Die Immobilienmarktanalyse der OeNB*, Wien: Österreichische Nationalbank.
- O'Neill, Daniel W./Fanning, Andrew L./Lamb, William F./Steinberger, Julia K. (2018): A Good Life for All within Planetary Boundaries, in: *Nature Sustainability* 1(2), S. 88-95.
- Peck, Jamie (2012): Austerity Urbanism, in: *City* 16(6), S. 626-655.
- Plank, Leonhard (2019): Öffentliche Dienste Weiter Denken: Internationale Erfahrungen Für Wien, in: *Kurswechsel* 4, S. 45-52.
- Polanyi, Karl (2014): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp.

- Reinprecht, Christoph (2019): Wohnen und die Fragmentierung des Sozialen: Gentrifizierung als Symptom gesellschaftlicher Transformation, in: Justin Kadi/Mara Verlič (Hg.), *Gentrifizierung in Wien: Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, Wien: AK Wien, S. 25-34.
- Ruhsmann, Barbara/Wippel, Jörg (2018): Wiener Gemeindebau – Blick in die Vergangenheit mit Zukunft, in: *Forum Wohn-Bau-Politik*, <http://forumwohnbaupolitik.at/barbara-ruhsmann-und-joerg-wippel-wiener-gemeindebau-blick-in-die-vergangenheit-mit-zukunft/> [Zugriff am 04.05.2020].
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification A Back to the City Movement by Capital, Not People, in: *Journal of the American Planning Association* 45(4), S. 538-548.
- Stadt Wien (o.D.): Stadtplan Wien, <https://www.wien.gv.at/stadtplan/grafik.aspx?bookmark=mEqDRiHQHUZmpQFFviqURO6FAw-b-b&lang=de&bmadr=> [Zugriff am 04.05.2020].
- Stadtentwicklung Wien (2016): *Lebensqualität in 91 Wiener Bezirksteilen. Bezirksprofile der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung*, Wien: MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung.
- Tockner, Lukas (2017): *Mieten in Österreich und Wien 2008 bis 2016*, Wien: AK Wien.
- Unger, Petra (2019): *Frauen Wahl Recht: Eine kurze Geschichte der österreichischen Frauenbewegung*, Wien: Mandelbaum.
- Wasserman, Janek (2014): *Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938*, Ithaca und London: Cornell University Press.
- Weihsmann, Helmut (1985): *Das rote Wien: sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik, 1919-1934*, Wien: Promedia.
- Wiener Linien (2020): Rekord: 852.000 JahreskartenbesitzerInnen nutzen Öffis. Verfügbar unter <https://www.wienerlinien.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/66526/programId/74577/contentTypeId/1001/channelId/-47186/contentId/5000562>, Zugriff am 04.05.2020.
- Zukin, Sharon (1989): *Loft Living: Culture and Capital in Urban Change*, New Brunswick: Rutgers University Press.